

Auskunftsbegehren zur BV 2013-0497 „Nachtragshaushaltssatzung 2013/14“ in Vorbereitung der Kreistagssitzung am 14.11.2013

Im Zuge der Diskussionen zum Nachtragshaushalt des Landkreises OPR beantragen die o. a. Fraktionen zu folgenden Fragen eine schriftliche Beantwortung und deren Übersendung an alle Kreistagsabgeordneten bis zur Kreistagssitzung am 14.11.2013:

1. Die geplanten Fortschreibungen des Haushaltsplanes für 2014 (siehe Schreiben des Landrates vom 16.10.13 an die Städte und Gemeinden) beinhalten u. a. Einsparungen bei Personalaufwendungen in Höhe von 420 T€. An welcher Stelle des Personalplanes und zu welchem Zeitpunkt werden diese Einsparungen vorgenommen?
2. Die Erhöhung der Kreisumlage auf 48 % für 2013 war seitens des Mdl Voraussetzung von finanziellen Hilfeleistungen aus dem Nothilfefond des Landes. Sind bei einer Erhöhung der Kreisumlage auf 48% für 2014 alle Bedingungen zur Ausreichung von Hilfen erfüllt? Sind weitere Bedingungen genannt? Gibt es verbindliche Aussagen zur Auszahlungshöhe und zum Verwendungszweck von Finanzmitteln(weitere Schreiben des Mdl)?
3. Die Planung eines Haushaltes erfolgt u. a. auch auf der Basis der Haushaltsführung vergangener Jahre. Liegt der Jahresabschluss für das Haushaltsjahr 2012 vor? Welche Ergebnisse weist dieser aus?
4. Die Haushaltsansätze bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2013/14 haben sich zu heute deutlich verbessert. Wie sehen die Zahlen alt / neu konkret aus? Wie hoch ist der zu erwartende Überschuss 2013 und 2014 gegenüber den Planansätzen von 2012 auf der Grundlage der Kreisumlage von 46 %?
5. Wie hoch wird der Kassenkredit zum 31.12.2013 und wie hoch wird die Summe der noch zu tilgenden Investitionskredite zum 31.12.2013 sein?
6. Die Bewertung der Notwendigkeit zur zeitnahen Realisierung eines Verwaltungsneubaus ist trotz Hinweisen im PWC- Gutachten seitens des Kreistages strittig. Trotzdem wurden bereits finanzielle Mittel beansprucht.
Welche Kosten sind für vorbereitende Arbeiten bereits entstanden bzw. schon gebunden?
Welche Leistungen sind bisher ausgelöst und/oder geplant?
Gibt es eine Raumanalyse und ein Nutzungskonzept für kreiseigene Gebäude an den unterschiedlichen Standorten? Wie sehen diese im Ergebnis aus?

Begründung:

Eine Erhöhung der Kreisumlage belastet die Kommunen im Landkreis. Sie ist andererseits Voraussetzung für eine schrittweise Konsolidierung des Kreishaushaltes.

Eigene Anstrengungen des Landkreises zum sparsamen Wirtschaften bzw. konkrete Sparmaßnahmen sind ebenfalls notwendige Voraussetzungen.

Gut abgewogene Entscheidungen des Kreistages sind allerdings nur möglich bei umfassenden Informationen an die Abgeordneten.

Finanzielle Auswirkungen: keine

gez. Dieter Eipel
CDU Fraktionsvorsitzender

gez. Lutz Scheidemann
FDP Fraktion

gez. Ralph Bormann
Freie Wähler/Bauern/Grüne